



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/VI/123

31. Mai 1951.

Hinweise
auf den Inhalt:

Um die Saar	S. 1
Truman auf MacArthurs Pfaden?	S. 4
Ex-Dompastor im Ost-Rundfunk	S. 5
Lore Agnes 75 Jahre alt	S. 6

Am Ende des "breiten Weges"

(sp) Was wird sich nach der grossen Bundestagsdebatte vom Mittwoch und was wird sich speziell in der französischen Haltung zum Saarproblem ändern? Die Antwort auf diese Frage wird, wenn die ersten Reaktionen drinnen und draussen abgeklungen sind, das Entscheidende sein. Sie wird eng mit den politischen Konsequenzen zusammenhängen, die die Bundesregierung zu ziehen bereit ist, nachdem sie einsehen musste (wenn sie sich auch geschaut hat, es klar zuzugeben), dass ihre bisherige Politik Schiffbruch erlitten hat.

Über diese letzte Tatsache haben auch die Erklärungen des Bundeskanzlers nicht hinweggeholfen, die von zeit- und personenbedingten Störungen, von eigenen Hoffnungen und Enttäuschungen und von Reden und Briefen sehr verschiedenen Inhaltes des französischen Außenministers und Freunde zu berichten wussten. Der Bundeskanzler hat eine gründliche Analyse der geschichtlichen Entwicklung der gegenwärtigen Saarsituation gegeben, und es hat in seinen Worten viel Bitterkeit und nur mühsam verhaltene Anklage auch gegenüber dem französischen Partner mitgeschwungen. Unterschiedene Worte aber hat er nur gegen die Statthalter Frankreichs an der Saar gefunden. Die erste Quittung liegt vor: Paris begrüsst den "gemässigten Ton". Hoffentlich wurde der Kanzler nicht in dem Sinne

verstanden: Nun, die Empörung ist wohl nicht ganz so schlimm, sie wird sich bald legen.

Der Bundeskanzler scheint willens zu sein, auf dem Wege seiner freilich etwas getrübtten Zuversicht fortfahren zu wollen, wenn er "den Gedanken nicht aufkommen lassen will, dass die französische Regierung in der Saarfrage die Politik, mit anderen Worten die Macht, vor das Recht stellen will" und wenn er hinzufügte: im Gegenteil, er sei der Meinung, dass "durch den Briefwechsel vom 18. April der Rechtsboden von beiden Seiten einhellig und endgültig bezogen" sei, obwohl er sehr bald danach die Erfahrung des letzten Schuman-Briefes und des von ihm veranlassten DPS-Verbotos machen musste. Auch wird seine Feststellung, dass die bisherigen Schwierigkeiten sehr viel weniger von der französischen als von der Saarregierung gekommen seien, angesichts der vollkommenen Abhängigkeit der letzteren von der ersten den Tatsachen nicht gerecht. Schuman selbst hat zu verschiedenen Malen vor den französischen parlamentarischen Gremien fast mit sichtbarer Genugtuung zu erkennen gegeben, wie sehr der Motor für alle wichtigen Entschlüsse der saarländischen Regierung in Paris liegt. Es ist deshalb absolut unrealistisch, den Eindruck zu erwecken, als liege die Schuld für die gegenwärtige schwere Vertrauenskrise, vor allem bei "einem Herrn Hoffmann aus Saarbrücken". Die einzige richtige Adresse ist die des Monsieur Schuman in Paris.

Bereits am Anfang der Erklärung Adenauers stand ihr Fazit: Er werde "trotz aller Zwischenfälle" an seiner Europa-Politik und der Politik eines guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich unbeirrt festhalten. "Wer wollte das nicht tun!", hat später der Sprecher der SPD, Prof. Carlo Schmid, gerufen. Aber es komme doch alles auf das Wie an, hat er hinzugefügt. Und in dieser Hinsicht sind vom Bundeskanzler keine Hinweise gegeben worden, die einigermaßen ermutigend wirken könnten. Der Europa-Rat und die Höheren Kommissare sind angerufen worden. Man wird abzuwarten haben, was das praktisch nützt.

Wenn Dr. Adenauer diesmal vor einer besonders schweren Aufgabe stand, dann vor allem infolge seiner höchst persönlichen Frankreich-Politik. Als er in einem sehr frühen Stadium dieser Politik von der Opposition gewarnt wurde, Vertrauen nicht mit Vertrauensseligkeit zu verwechseln, und als sich Bedenken und Einwände gerade auch gegen seine Saarpolitik im Zusammenhang mit dem Schuman-Plan häuften,

haben er und seine engen Mitarbeiter diese Mahnung zu grösserer Vorsicht und Zurückhaltung als uneuropäisch abgelehnt. Die Ereignisse haben nicht ihm, sondern seinen Kritikern recht gegeben.

Gab der Bundeskanzler eine vor allem formal-kritische Analyse des gegenwärtigen Zustandes an der Saar und der einzelnen Etappen, die dazu geführt haben (so wie er sie sieht), so war die Darstellung des Sprechers der Opposition ein rechtlich fundierter, aber in seiner Substanz wesentlich politischer Bericht, der sich vor allem mit den europäischen Konsequenzen einer verfehlten Saarpolitik befasste. Prof. Schmid legte mit grosser Klarheit die wahren Ursachen bloss, die zu der jetzigen Krise an der Saar geführt haben und die auf Bemühungen der französischen Politik zurückgehen, "mit viel Geschick und Beharrlichkeit" an der Loslösung der Saar von Deutschland zu arbeiten, darauf hinzuwirken, dass dieser als endgültig erhoffte Zustand durch möglichst viele Einrichtungen und Massnahmen im Rahmen der jetzigen künstlichen und ohne den freien Willen der Bevölkerung zustandegekommenen Autonomie präjudiziert werde.

Das ist in der Tat der Kern der Sache - alles andere ist Umweg oder Tarnung oder beides. Wenn Carlo Schmid auf die selbst gestellte Frage: Was ist zu tun? geantwortet hat, die Regierung müsse ihren Erklärungen und Noten ein Verhalten folgen lassen, "das in der Logik dieser Rechtsverwahrungen liegt", so ist damit gewiss keine Liste konkreter Rezepte für alle künftigen Eventualitäten eines richtigen Regierungsverhaltens gegeben. Das ist unmöglich und wäre ausserdem nicht die Aufgabe der Opposition. Aber die Forderung ist im Prinzip völlig klar. Sie ist auch praktisch erläutert worden in der Begründung der SPD für ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die Entschliessung der Regierungsparteien, in der neben anderen Hinweisen die Forderung erhoben wird, dass bis zur Herstellung demokratischer Zustände im Saargebiet alle weiteren vorbereitenden Massnahmen hinsichtlich einer Verwirklichung des Schuman-Planes unterlassen werden.

Die SPD hat sich damit begnügt, ihren kritischen Standpunkt gegenüber der Regierung durch Stimmenthaltung zum Ausdruck zu bringen. Das war möglich, weil über den deutschen Charakter der Saar und in der Ablehnung jeder Form ihrer Herauslösung aus Deutschland zwischen Regierung und Opposition Einigkeit besteht, so verschieden die Auffassungen von den Methoden einer erfolgreichen Saarpolitik sind. Die Dinge liegen durchaus anders als etwa beim Schuman-Plan, in dessen Bewertung ein absoluter Gegensatz besteht, der nur ein oppositionelles Nein zum Ja der Regierung zulässt. Andererseits konnte eine ausdrückliche Zustimmung nicht erfolgen, weil unter allen Umständen auch nur der Eindruck zu vermeiden war, als identifiziere sich die Sozialdemokratie mit einer Politik, die zu dem nun vorliegenden, unleugbaren Misserfolg geführt hat. Er steht am Ende "der Versuchung des breiten Weges", von der Carlo Schmid sprach und für den der Kanzler leider auch in so vielen anderen Fragen eine Vorliebe hat.

Weicht Truman vor MacArthur zurück?

F. Präsident Truman und Aussenminister Acheson legen grosses Gewicht auf die Feststellung, dass Washington nicht daran denke, von seiner bisherigen Linie in der Fernostpolitik unter dem Druck MacArthurs und seines republikanischen Anhangs abzuweichen. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Der stellvertretende Aussenminister Dean Rusk hat auf einem Essen des China-Instituts im Waldorf-Astoria-Hotel in New York eine Rede über die amerikanische Chinapolitik gehalten, die viel Wirbel in der Welt erregt hat, da sie eine vollkommene Schwenkung Washingtons ziemlich unmissverständlich andeutete. War das schon erstaunlich genug, weil man sich fragen musste, warum man MacArthur entlassen hat, wenn man ein paar Wochen später seine Politik zu machen entschlossen scheint, so war viel erstaunlicher, dass Dean Rusk erklärte, er habe doch nur die bisherige Haltung Washingtons in diesen Fragen zusammengefasst. Er hatte gar nicht gemerkt, dass er im Festsaal des Waldorf-Astoria-Hotels eine Politik als die Washingtons ausgab, die ein paar Stockwerke über dem Festsaal gemacht wurde. Dort befindet sich das Hauptquartier - MacArthurs.

Acheson, von dem berichtet wurde, er sei über die Rede Rusks empört gewesen, erklärte in seiner Pressekonferenz, sein Stellvertreter habe seine Rede niemanden vorher vorgelegt. Sie sei keineswegs als die Ankündigung einer neuen Marschroute anzusehen und im Übrigen habe sie nur Bekanntes wiederholt. Die Hauptstellen der Rede Rusks liegen nun in Wortlaut vor. Sie machen die Empörung Achesons viel eher begreiflich als seine beschwichtigenden Erklärungen vor der Pressekonferenz. Es finden sich erstaunliche Sätze darin. So etwa: "Wir erkennen die Nationalregierung der Republik China an, obwohl das Gebiet unter ihrer Kontrolle stark beschränkt ist." Da die Regierung Tschiang Kai-scheks keinen Quadratmeter chinesischen Festlandsbodens mehr beherrscht, ist das Wort von der "starken Beschränkung" einfach eine Albernheit. Aber es geht weiter: "Die Peking-Regierung ist vielleicht eine russische Kolonialregierung, ein slawisches Mandschukuo in einem grösseren Umfang. (Eine Anspielung auf die 1945 aufgehobene japanische Satelliten-Regierung in der Mandchurei.) Sie ist nicht die Regierung Chinas. Sie erfüllt die

erste Voraussetzung dafür nicht. Sie ist nicht chinesisch".

Man kann sich leicht ausmalen, wie dieser Unsinn auf die Anhänger MacArthurs gewirkt hat, der selber nie bestritten hat, dass die Pekinger Regierung chinesisch ist. Über den Grad der Abhängigkeit Pekings von Moskau mag man streiten. Über den Grad der Abhängigkeit Tschiang-Kai-scheks von Washington ist das nicht einmal möglich. Ohne amerikanische Unterstützung wäre er nicht einmal auf Formosa, wohin die Amerikaner ihn und seine Truppen zettelten, sondern längst in den Vereinigten Staaten, wie die meisten seiner unermesslich reich gewordenen Verwandten und Freunde.

Wäre die Rede Rusks ein vereinzelter Vorgang, dann könnte man über ihn als eine, wenn auch schwer begreifliche Entgleisung hinweggehen. Aber vor diesem Hintergrund muss man sehr genau andere wunderliche Anzeichen und vor allem die kommende Entwicklung beobachten. Es könnte sein, dass man schon eines Tages überrascht feststellen muss, dass Truman zwar stark genug war, MacArthur zu entlassen, aber nicht stark genug, um nicht mehr oder minder auf dessen Linie einzuschwenken. Eine günstige Wendung in Korea könnte es dem Präsidenten erleichtern, festzubleiben. Sonst wird er vielleicht wider besseres Wissen auf eine Bahn gedrängt werden, die Amerika uferlos in Asien verstrickt.

+ + +

Dummenfänger Kleinschmidt
- - - - -

(sp) Der ehemalige Schweriner Dompastor Karl Kleinschmidt versucht jetzt, da selbst seine SED-Freunde ihn in seinem Kirchenamt nicht halten konnten, sich in anderer Weise seinen östlichen Auftraggebern nützlich zu machen. Er "kämpft" jetzt in vielen Rundfunkreden gegen die Remilitarisierung - selbstverständlich nicht gegen die Remilitarisierung der Sowjetzone. Wie es um die Remilitarisierung der Sowjetzone steht, das weiss er als Freund von Dr. h. c. h. c. Bredel, dem Vertrauensmann hochgestellter östlicher Machthaber, am besten.

Der ehemalige Dompastor, der erst bei Hitler in Ugnade war, dann "deutscher Christ" wurde und es zum Dompastor von Schwerin von Hitlers Gnaden brachte, ist, seit er aus dem Kirchenamt entlassen wurde, jetzt kommunistischer Wanderprediger geworden. Seine kommu-

nistischen Plattitüden serviert er im sowjetzonalen Rundfunk unter der Ankündigung: "Es spricht Karl Kleinschmidt". Dass es sich um den ehemaligen Dompastor Kleinschmidt handelt, von dem die evangelischen Christen der Sowjetzone wissen, dass er die evangelische Kirche unter Anwendung übelster intriganter Mittel spalten sollte, wird schamhaft verschwiegen.

Zu der Zeit, da Kleinschmidt noch Dompastor war und dies aus propagandistischen Gründen immer wieder besonders betont wurde, hatten seine Reden zumindest einen mehr oder minder intellektuellen Anstrich. Jetzt spricht er ausschliesslich im sowjetzonalen Jargon des mit der sowjetischen "Friedenstaube" geschmückten und mit einer sowjetisch-lizenzierten Redeansweisung versehenen kommunistisch-seditischen Wanderpredigers. Er spricht so unverkennbar sowjetzonal, dass nur die Einfältigsten seiner etwaigen Zuhörer nicht merken könnten, dass er, nachdem ihm der Seelenfang in der evangelischen Kirche misslang, jetzt das ist, was er immer war: ein skrupelloser sowjetisch-lizenzierter Dummenfänger.

+ + +

-3-

Lore Agnes 75 Jahre alt

Im Bezirk Niederrhein, dem sie ein ganzes Menschenleben von Kampf und Arbeit gegeben hat, begeht Lore Agnes am 4. Juni ihren 75. Geburtstag. Aber Leben und Wirken der gebürtigen Bochumerin strahlen über ihren Heimatbezirk hinaus, nicht erst seit heute, da sie an ihrem Lebensabend manches verwirklicht sieht, wofür sie sich seit ihrer Jugend eingesetzt hat.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts war sie aktiv in der Sozialdemokratischen Bewegung tätig, in der Kinderschutzkommission, in der Gewerkschaftsbewegung, wobei ihr ganz besonders die Organisation der Hausangestellten am Herzen lag. Im ersten Weltkrieg verbüsst sie wegen ihrer Antikriegseinstellung eine Haftstrafe. 1920 wurde sie als Mitglied der JSP in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1933 angehörte. Nach der Vereinigung der beiden Parteien war Lore Agnes als einzige Frau in die Kontrollkommission des Parteivorstandes gekommen. Selbstverständlich wurde auch sie 1933 von den Nazis verhaftet und ebenso selbstverständlich stellte sie sich 1945 mit all ihrer Selbstlosigkeit sofort wieder zum Aufbau der Partei zur Verfügung, so, wie sie von jeher eine der Pionierinnen der sozialdemokratischen Bewegung war.

Herta Gotthelf.

Verantwortlich: i. V. Josef Schmidt